

Medienkrise bedroht die Demokratie

Eine neue Studie weist nach: Je weniger die Medien über lokale Politik berichten, desto tiefer ist die Wahlbeteiligung in den Gemeinden. Gleichzeitig nimmt die Zahl der eigenständigen Regional- und Lokalzeitungen laufend ab. Diese Entwicklungen sind gefährlich für die Demokratie auf lokaler Ebene. Immer mehr Gemeinden werden daher selber zu Verlegern – was der Presse noch mehr schadet. Von Patrick Aeschlimann

Stellen eidgenössische Wahlen an, sind die Parteien und ihre Kandidaten in den grossen Medien omnipräsent. Die Gesichter und Positionen der amtierenden National- und Ständeräte sind dem Wähler ohnehin bekannt aus Fernsehdebatten und -nachrichten, Artikel in Print- und Onlinemedien sowie Abstimmungskämpfen zu den grossen nationalen Themen. Welversprechende Neukandidaten werden von den Parteien ebenso ins Rampenlicht gezogen. Im

Kanton Zürich beispielsweise von rund 70 auf 37 Prozent.

Neues Phänomen: Medienkrise
Die Politikwissenschaft hat zur Erklärung des Phänomens der sinkenden kommunalen Wahlbeteiligung bereits einige Erkenntnisse gewonnen. Weil die Medien in einer globalisierten und mobilen Welt leben, nimmt die Bindung zum Wohnort und damit auch das Interesse an der Kommunalpolitik ab. Die Schweiz

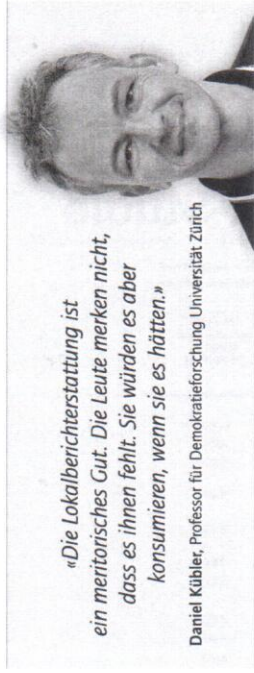
hat im internationalen Vergleich ohnehin eine tiefe Wahlbeteiligung, da die direktdemokratischen Instrumente Initiative und Referendum es dem Bürger ermöglichen, unliebsame Entscheide von Regierungen und Parlamenten später an der Urne zu korrigieren. Auf kommunaler Ebene finden zudem häufig Gemeindeversammlungen statt, an denen die Bürger ganz direkt und unmittelbar entscheiden können. Weiter weiss man aus der Forschung: Je kleiner eine Gemeinde, je höher ihr Steuereinkommen und je höher der Anteil der älteren Bevölkerung, desto höher die Wahlbeteiligung.

In den letzten zehn Jahren ist ein Phänomen hinzugekommen, das ebenfalls einen Einfluss auf das Interesse an Kommunalwahlen haben könnte: Im Zuge der Digitalisierung und der damit einhergehende Medienkrise hat sich die Landschaft der lokal- und Regionalzeitungen stark verändert. Wegen einbrechender Werbe- und Aboeinnahmen ist es zu einem bis heute andauernden Konzentrationsprozess gekommen. Mit gravierenden Folgen: Immer weniger Journalisten müssen immer mehr «Content» für ein grösseres Einzugsgebiet produzieren.

Früher waren auf den Lokalredaktionen häufig langjährige, im Ort verankerte Redaktoren tätig, die ihre Dossiers über eine lange Zeit betreuten. Sie wussten manchmal sogar besser Bescheid als die Exekutivpolitiker. Innenfliegen Geschichten und Informationen beim Einkaufen im Dorfaden oder in der Stammbrauerei quasi von selbst zu. Die Gemeinderäte kannte man aus den Vereinen und sie waren auch zu Unzeiten für dringende Auskünfte erreichbar. Die Zeiten sind vorbei: Heute haben viele Lokalredaktionen keinen grossen Bezug mehr zum Arbeitsgebiet. Auf den Redaktionen ist die Fluktuationsrate hoch und manch Exekutivpolitiker versteckt sich lieber hinter Kommunikationsverantwortlichen, statt mit den Journalisten in den Dialog zu treten – besonders wenn die Geschichte heikel ist. Doch hat die Medienkrise wirklich Auswirkungen auf politische Entscheide?

Starker Effekt auf Beteiligung
Die beiden Zürcher Politikwissenschaftler Daniel Kübler und Christopher Good-

man sind erstmals für die Schweiz der Frage nachgegangen, ob zwischen der Krise des Lokaljournalismus und der Abnahme der Wahlbeteiligung in den Gemeinden ein Zusammenhang besteht. Ihr Fazit ist eindeutig: Ja. Der Effekt auf die Wahlbeteiligung ist sogar stärker als der sozioökonomische Status oder die oder mehreren Wahlgemeinden. Die Forscher gingen also davon aus, dass je höher die Kongruenz ist, desto eher wird ein Medium über politische Geschehnisse in diesem Politikraum berichten. Oder umgekehrt: Wenn Zeitungen zusammengelegt werden und ihr Einzugsgebiet nicht mehr mit den politischen



«Die Lokalberichterstattung ist ein meritokratisches Gut. Die Leute merken nicht, dass es ihnen fehlt. Sie würden es aber konsumieren, wenn sie es hätten.»

Daniel Kübler, Professor für Demokratieforschung Universität Zürich

Gemeinden und Regionen übereinstimmt, ist die Gefahr gross, dass sie weniger über Lokales berichten. Insbesondere Fusionen von Zeitungen haben gemäss Kübler dazu geführt, dass Medien mehr über übergeordnete und weniger über lokale Themen berichten: «Es findet eine eigentliche Delokalisierung der Berichterstattung statt.»

Die Folge ist ein Teufelskreis für die Lokal- und Regionalzeitung: Je mehr Inhalt von den übergeordneten Redaktionen übernommen wird, desto weniger Platz hat es für die lokalen Artikel. Folglich braucht es dort auch weniger Journalisten. Der Leser merkt das natürlich irgendwann und überlegt sich gut, ob er neben der überregionalen Presse wirklich auch noch die Lokalzeitung braucht. Hinzu kommt: Wegen der sinkenden Auflage steigen die Kosten pro verkaufter Zeitung, was die Aboes weiter verteuert.

«Der Wandel im Mediensystem birgt Gefahren für die politische Partizipation auf lokaler Ebene und damit für die Demokratie», sagt Studienautor Kübler. Denn fehlt die lokale Berichterstattung, ergeben sich Defizite der Transparenz und Legitimation. Zudem: Je weniger die Menschen über das Geschehen in der lokalen Politik wissen, desto eher bleiben sie der Urne fern. Dies kann, so Kübler, dazu führen, dass Gruppierungen mit ex-



Bild: Patrick Aeschlimann